

Sehr geehrter Herr Staatsminister Bernreiter,
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr,

die von Ihrem Ministerium angekündigte Absicht, das Strafjustizzentrum in der Nymphenburger Straße zu verkaufen, hat bei vielen Menschen Irritation und Bestürzung ausgelöst. Nachdem Ihr Ministerium jahrelang behauptet hatte, das Grundstück selbst entwickeln zu wollen – sogar eine Machbarkeitsstudie wurde versprochen – kam nun, mitten in der Sommerpause, die plötzliche Kehrtwende per Pressemeldung. Gerade für die vielen Engagierten, die sich in ihrer Freizeit jahrelang mit viel Herzblut und visionären Ideen für eine sinnvolle Nutzung des Areals eingesetzt hatten, ein Schlag ins Gesicht.

Darum fordern wir Sie nachdrücklich auf:

- Stoppen Sie den Verkauf des Strafjustizzentrums an Investmentfirmen!
- Nutzen Sie das Grundstück für bezahlbaren Wohnraum mitten in München!
- Erhalten Sie das Gebäude im Sinne der Nachhaltigkeit!

Die Praxis des Freistaats, eigene Grundstücke höchstbietend zu verkaufen, schadet nicht nur dem Ansehen des Freistaates, sondern der Münchner Stadtgesellschaft:

- Die **profitorientierten Verkäufe fördern Spaltung** in reiche und arme Stadtteile: Während in der Innenstadt durch den Freistaat die wenigen Chancen vertan werden, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, können geförderte Wohnungen häufig nur noch in Siedlungsentwicklungen am Stadtrand entstehen. Das führt zu **sozialer Entmischung** und gefährdet mittelfristig das friedliche Zusammenleben in München.
- Eine **Haushaltspolitik**, die sich auf Verkäufe von Staatseigentum stützt, schadet der Bevölkerung und ist auch **nicht nachhaltig**: Ist das Tafelsilber erst einmal verkauft, hat sich der Freistaat künftige Gestaltungsmöglichkeiten selbst genommen. Noch verwunderlicher ist der geplante Verkauf vor dem Hintergrund, dass dieses Jahr noch ganze zehn Milliarden Euro Restmittel im bayerischen Haushalt vorhanden sind.
- Der **Freistaat sollte endlich seiner Vorbildfunktion gerecht werden** und nicht zunehmend wie ein profitorientiertes Unternehmen auftreten. Der Freistaat sollte sich ernsthaft für nachhaltige Lösungen beim Bau von Wohnungen, insbesondere im Bestand, einsetzen. Der Verkauf führt zwingend zum Abriss und Neubau des Gebäudes. Ressourcenschonung ist in Zeiten des Klimawandels kein Nice-to-Have, Umbau statt Abriss muss die Devise sein, um Umweltschäden langfristig zu verhindern.
- Auch kann von der **Landeshauptstadt** nicht eingefordert werden, ein Grundstück für viele Millionen zu erwerben, das sich bereits im öffentlichen Eigentum befindet, um damit die Haushaltskasse des Freistaats zu füllen. Zumal die Landeshauptstadt bei der aktuellen Haushaltslage eine solche Investition nicht stemmen kann.